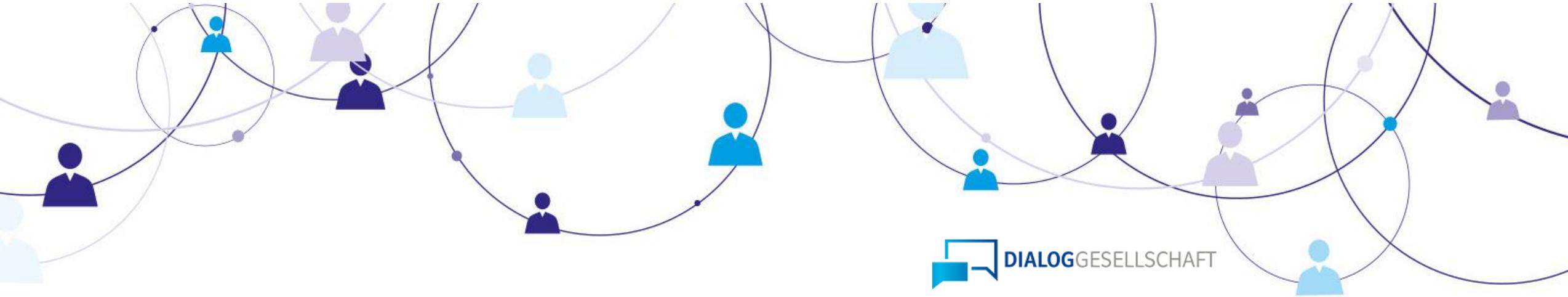


**DialogGesellschaft –  
Kompetenzforum für Dialog und Beteiligung**  
Berlin, den 25. Juni 2020

## **Infrastrukturbeschleunigung durch Beteiligung und Dialog**

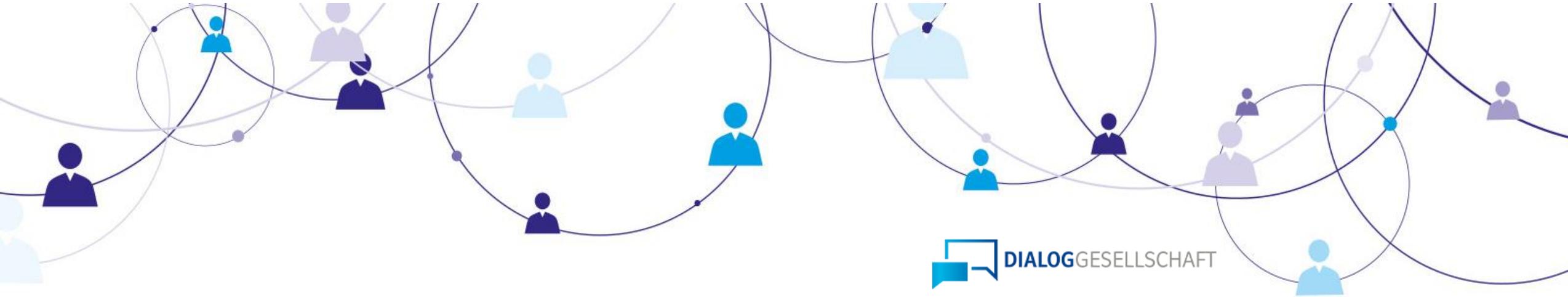
### ***Positionspapier***





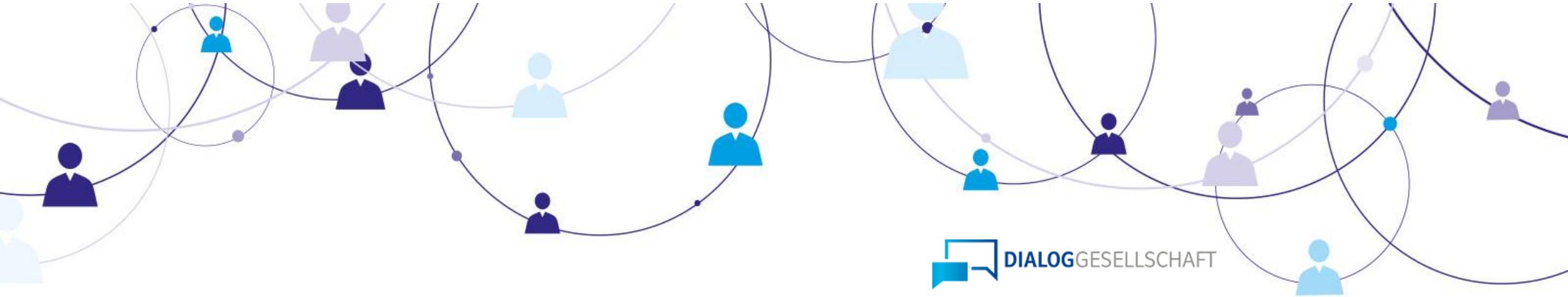
## 1. Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren

Genehmigungsverfahren lassen sich dauerhaft schneller und krisentauglich machen, wenn sowohl **das formelle als auch das informelle Beteiligungsverfahren digitalisiert** werden. Dies betrifft insbesondere die digitalisierte Offenlegung von Antrags-, Planungs- und Genehmigungsunterlagen und von Planfeststellungsbeschlüssen sowie der Betrieb digitaler Plattformen für Anmerkungen und Einwendungen der Beteiligten.



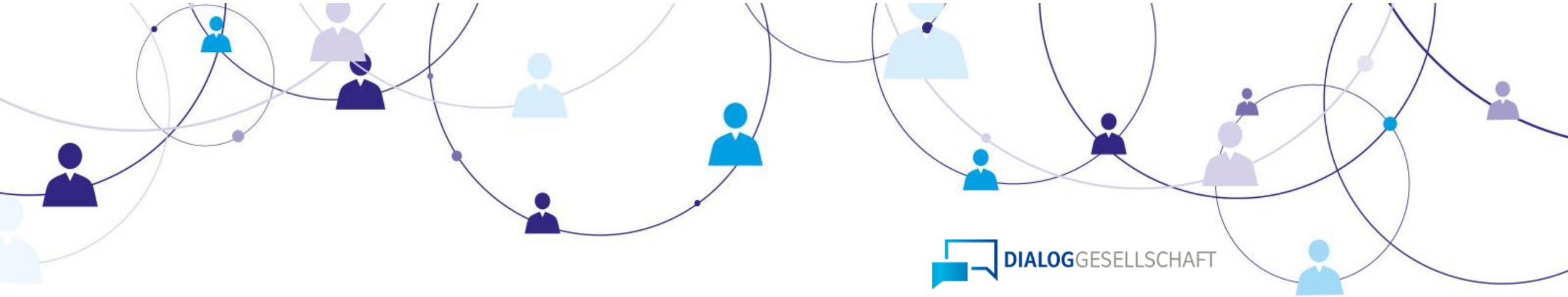
## 2. Aufstockung der Personalmittel für Fach- und Genehmigungsbehörden

Genehmigungs- und Fachbehörden benötigen **ausreichende Personalressourcen**. Darum sind künftig in der Haushaltsplanung in den Budgets für den Infrastrukturausbau explizit auch **Personal-Budgets** vorzusehen.



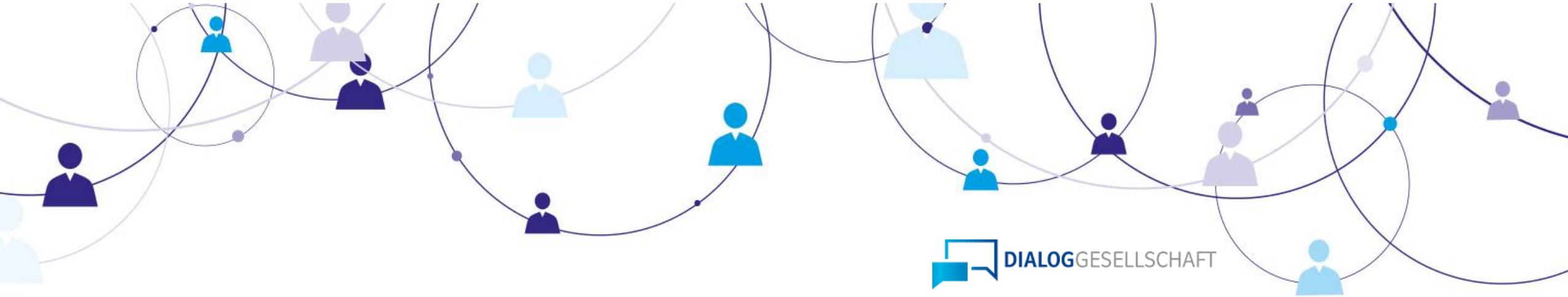
### 3. Aufbau eines zentralen Personalpools „Infrastrukturplanung“

Oftmals verfügen Behörden nicht über **spezielle Fachexpertisen**, die in einzelnen Genehmigungsverfahren für Sonderfragestellungen vor dem Hintergrund immer komplexer werdenden Sachverhalte aber immer wieder benötigt werden. Daher soll der Bund einen **zentralen Pool von Fachexperten aufbauen**, der deutschlandweit Behörden beraten und unterstützen kann, speziell in **komplexen naturschutz- und genehmigungsrechtlichen Fragestellungen**.



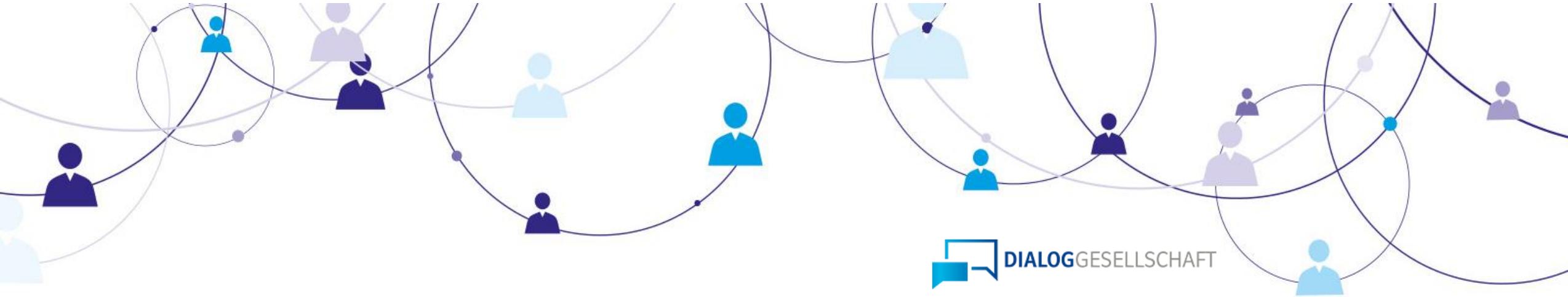
## 4. Aufbau von Beteiligungsplattformen

Es sollten **Informations- und Dialogplattformen** aufgebaut werden, auf denen die Auslage von Antragsunterlagen, die grafische Aufbereitung und der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern dokumentiert werden können.



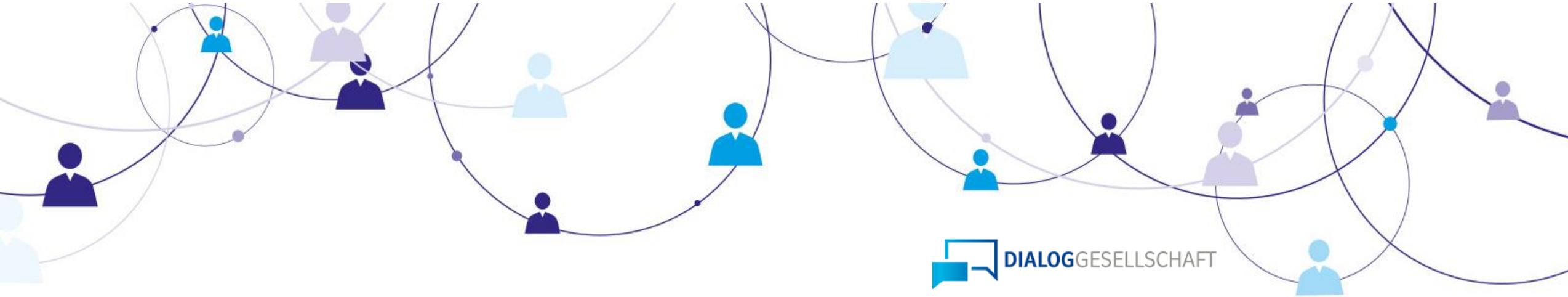
## 5. Verbindliche frühe Konsultationen

Vorhabenträger sollen verpflichtet werden, **öffentliche Konsultationen im frühen Stadium** durchzuführen, um Hinweise und deren systematische Bearbeitung zu dokumentieren und entsprechende Ermessensabwägungen nachvollziehbar darzulegen. Zudem soll eine **Mitwirkungspflicht der Fach- und Genehmigungsbehörden** festgelegt werden, um nur Planungsvarianten zu erarbeiten, die auch **genehmigungsfähig** sind, und um Ergebnisse des Konsultationsprozesses in Genehmigungsverfahren angemessen zu berücksichtigen.



## 6. Individuelle Ausgleiche für Anwohner und Kommunen ermöglichen

Um die Akzeptanz für Infrastrukturprojekte langfristig zu steigern, müssen Betroffene den Eindruck gewinnen, dass **Nutzen und Lasten im Gleichgewicht** zueinanderstehen. Dies erfordert mehr Möglichkeiten, den **materiellen Ausgleich** für die betroffenen Anwohner und Kommunen besser zu gestalten.



## 7. Stärkere Abwägung von Umweltzielen

Inzwischen werden viele Infrastrukturprojekte geplant, deren primäres Ziel die **erfolgreiche Gestaltung der Klima- und Energiewende** ist. Deren Klimaschutzaspekt muss gegenüber anderen umwelt- und naturschutzrechtlichen Betrachtungen stärker berücksichtigt werden und einen entsprechenden **Bonus** erhalten.

## Kontakt

**Geschäftsstelle des Think Tanks DialogGesellschaft e.V.**  
c/o Johanssen + Kretschmer Strategische Kommunikation  
GmbH  
Angelina Groß, Vorstandsreferentin  
Berliner Freiheit 2 – Beisheim Center  
10785 Berlin  
Fon +49 30 5200 57-23 // Fax +49 30 5200 57-77  
[a.gross@dialoggesellschaft.de](mailto:a.gross@dialoggesellschaft.de)  
[www.dialoggesellschaft.de](http://www.dialoggesellschaft.de)

**Vorstand:**  
Olivier Feix, 50Hertz, Vorstandsvorsitzender  
([o.feix@dialoggesellschaft.de](mailto:o.feix@dialoggesellschaft.de))  
Ulrich Lissek, Nord Stream, stellvertretender  
Vorstandsvorsitzender  
([u.lissek@dialoggesellschaft.de](mailto:u.lissek@dialoggesellschaft.de))  
Heiko Kretschmer, Johanssen + Kretschmer,  
Vorstandsmitglied  
([h.kretschmer@dialoggesellschaft.de](mailto:h.kretschmer@dialoggesellschaft.de))

